

Dreißig Jahre NATO

Von Bernd Greiner

I

Das Geschichtsbild der Festredner

Am 4. April jährte sich zum dreißigstenmal der Tag der Unterzeichnung des „Nordatlantikvertrages“¹⁾ in Washington: angeführt von den USA bekundeten Kanada, Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Island, Italien und Portugal 1949 ihren Willen zu umfassender Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die wiederum auf einem gemeinsamen Militärbündnis als Kernstück des Vertrages basieren sollte. 1952 schlossen sich Griechenland und die Türkei der „Atlantischen Allianz“ an, und drei Jahre später (1955) vollzog die Bundesrepublik diesen Schritt. Seither besteht die „North Atlantic Treaty Organization“ (NATO) aus den genannten 15 Staaten.

Die Festredner und NATO-offiziellen Jubilare bedienten sich im großen und ganzen eines seit 30 Jahren standardisierten Argumentationskanons²⁾. Die Gründung der NATO sei erforderlich gewesen, um die „Grundsätze der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts“ (Nordatlantikvertrag) gegen „kommunistische Expansion und Aggression“ zu verteidigen; die NATO habe ihren Auftrag erfolgreich erfüllt und dreißig Jahre europäischen Frieden, Sicherheit und Stabilität gewährleistet; ihre auf „Gleichgewicht und Abschreckung“ zielende Militärstrategie habe sich als grundsätzlich defensive Orientierung bewährt; die Geschichte der NATO sei gleichermaßen Auftrag und Verpflichtung für die Zukunft, denn – wie der Nordatlantikat und die Regierungschefs der NATO-Staaten in der Erklärung von Ottawa 1974 bekräftigten – „die wesentlichen Elemente der Lage, die zu dem Vertrag führte, haben sich indessen nicht geändert“, im Gegenteil: „die Probleme des Bündnisses bei der Verteidigung Europas“ seien „ausgeprägter geworden“³⁾. Nach Jimmy Carter müssen die Atlantische Allianz und mit ihr der gesamte Westen gerade in den Zeiten „größter Herausforderung“ für die Demokratie „undemokratischen Lösungen“ am entschiedensten Widerstand leisten⁴⁾. Als im Jubiläumsjahr unmittelbar anstehende Aufgaben nennt Adelbert Weinstein, der Militärexperte der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, den Ausgleich der „militärtechnischen Überlegenheit“ des Ostens, eine „Umrüstung“ der NATO aufgrund der östlichen Orientierung auf den „offensiven Einsatz“ (von Panzern) und ein „Umdenken“ in

1) Zum Text des Vertrages vgl.: NATO – Tatsachen und Dokumente, NATO-Informationsabteilung, Brüssel 1976, S. 334–38.

2) Vgl. exemplarisch dazu: Robert Strauss-Hupé, Die NATO im Umbruch, in: „NATO-Brief“, 5/1977, S. 3–9.

3) Erklärung über die Atlantischen Beziehungen. Verabschiedet vom Nordatlantikat in Ottawa am 19. 6. 1974; zit. nach: NATO – Tatsachen und Dokumente, a.a.O., S. 380–385, hier S. 381.

4) Jimmy Carter vor der NATO am 6. 1. 1978, zit. nach: „Wireless Bulletin From Washington“, USIS, No. 6, 9. 1. 1978, S. 8.

der Militärdoktrin⁵⁾ im Sinne eines eindeutigen Bekenntnisses zur „Vorwärtsverteidigung“, die die westliche Verteidigungsbereitschaft „aktiver“ unterstreicht als die Option der „Vorneverteidigung“. „Vorwärtsverteidigung deutet an, daß man in der Defensive offensiv sein kann“⁶⁾, d. h. bereit ist, die „Freiheit“ auf dem Boden des Gegners zu verteidigen.

Die apodiktisch unterstellte und in die Zukunft projizierte Kontinuität der „Bedrohung des Westens“ einerseits und der auf „Abschreckung“ dieser „Bedrohung“ abgestellten NATO-Doktrin andererseits blendet rigoros die entscheidenden Fragestellungen aus: die Kontroversen über die Umstände, Ursachen und Ziele der NATO-Gründung, den Zusammenhang von militärischer und politischer Strategie der Westmächte in der Nachkriegszeit, die Wandlungen der NATO-Doktrin sowie deren immanente Logik und schließlich das Verhältnis von militärischer und politischer Entspannung seit Beginn der 70er Jahre, d. h. die Stellung der NATO zu einer Politik der Abrüstung und intersystemaren Kooperation auf der Basis der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Insofern sind die Festreden an sich bereits wieder ein Politikum, da sie darauf abstellen, jegliches Hinterfragen der künftigen Existenzberechtigung militärischer Blocksysteme zu unterbinden und sich damit offensiv gegen die Friedens- und Abrüstungsbewegung (gerade in den europäischen Ländern) richten.

II

Gründungsmythos und Kalter Krieg

Die westlichen Erklärungen für die Notwendigkeit des NATO-Militärbündnisses und zum Ausbruch des Kalten Krieges sind inzwischen Legion⁷⁾. Ursache seien die Expansionsgelüste und massiven Bedrohungen seitens der in ihrem Wesen aggressiven UdSSR gewesen. Die Rote Armee habe angesichts „amerikanischer Abrüstung“ militärischen Druck auf Mitteleuropa ausgeübt, Osteuropa militärisch überrannt und politisch unterjocht und auf westliche Randgebiete übergegriffen, z. B. den Bürgerkrieg in Griechenland geschürt und als „Stellvertreterkrieg“ geführt. Auch vor dem westlichen Kerngebiet habe sowjetischer Expansionismus nicht Halt gemacht. „Ende 1947 wurde eine konzertierte und virulente Oppositionskampagne in ganz Westeuropa durch Agitationsbefehle und Streikaufrufe unterstützt. Im Laufe dieser anhaltenden Auseinandersetzung kam es zu hartnäckigen Versuchen der Unterwanderung aller Bereiche des öffentlichen Lebens in den westlichen Ländern. Dies galt insbesondere für die französischen und italienischen Gewerkschaften.“⁸⁾ Also ging wieder einmal ein Gespenst um in Europa – und bedrohte die „freiheitliche Verfassung“, die „Herrschaft des Rechts“ (Nordatlantikvertrag) von innen wie von außen. Marshall-Plan und NATO seien daher die notwen-

5) Adelbert Weinstein, Dreißig Jahre Atlantische Allianz, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) v. 27. 12. 1978.

6) Ders., Vorne oder Vorwärts?, in: FAZ v. 20. 8. 1977.

7) Vgl. u. a. Gerhard Kade, Gefahr aus dem Osten. Die Bedrohungslegende als Jahrhundertlüge, in: „Blätter“, 3/1979, S. 271–287.

8) NATO – Tatsachen und Dokumente, a.a.O., S. 17.

digen Antworten auf die „fünften Kolonnen“ und „sowjetischen Panzer“ gewesen⁹⁾.

Die inzwischen vorliegende, sehr umfangreiche Literatur zur unmittelbaren Nachkriegszeit und zum Kalten Krieg entlarvt genannte Argumente als Mythos, als gezielte Propaganda. Der Kalte Krieg erweist sich im Lichte kritischer Geschichtswissenschaft als von den Westmächten bewußt verfolgte politische Strategie. Hinsichtlich der äußeren, „militärischen Bedrohung“ – auf die wir uns hier beschränken wollen – ist zunächst auf die innere Widersprüchlichkeit des offiziellen und offiziösen Geschichtsbildes hinzuweisen. George F. Kennan, Ende der 40er Jahre Leiter des außenpolitischen Planungsstabes der USA und Anfang der 50er Jahre US-Diplomat in Moskau, konzipierte in dem berühmten „Mr. X-Artikel“ im Jahr 1947 die Grundlinien weltweiter amerikanischer „Eindämmungspolitik“ gegen sozialistische Bewegungen und Staaten („Containment“ und letztendlich „Roll Back“) ¹⁰⁾. Als Orientierungspunkt amerikanischer Strategie nennt er die Schwäche der Sowjetunion als soziales System, das a priori den Keim des Untergangs in sich trage und – wie auch die Volksdemokratien Osteuropas – kurz vor dem Zusammenbruch stehe. In diese Interpretation ging (neben den schon seit 1917 virulenten Zusammenbruchstheorien) zweifellos die Tatsache ein, daß die UdSSR die schwersten Kriegsverluste zu tragen hatte. U. a. waren ca. 20 Millionen Tote zu beklagen, ganz abgesehen von den immensen wirtschaftlichen Schäden. Eben dieser UdSSR werden in Umkehrung der realen Situation und der konzeptionellen Prämissen amerikanischer Außenpolitik in der öffentlichen Propaganda „Welteroberungspläne“, also immense wirtschaftliche und militärische Potenz – die sich letztlich ja nur durch ein funktionierendes soziales System aufbringen lassen – unterstellt. Dieser Widerspruch, die opportunistische Wendung der Argumente je nach politischem Bedarf und die seit Jahren vorliegenden Analysen zur militärstrategischen Realität nach 1945 ¹¹⁾ zeigen, daß mit der westlichen Allianz und der Gründung der NATO andere Ziele verfolgt wurden als die Abwehr vermeintlicher sowjetischer Angriffe“. Jedem, der das damalige Rußland auch nur annähernd kannte, war es vollkommen klar, daß die sowjetische Führung keinen Versuch beabsichtigte, die Sache des Kommunismus über die Grenzen des Landes hinaus durch militärische Operationen der eigenen Streitkräfte voranzutreiben.“ ¹²⁾ (George F. Kennan.)

Die amerikanische Nachkriegsstrategie der Schaffung einer „Pax Americana“, eines „amerikanischen Jahrhunderts“, lief darauf hinaus, die kapitalistische Staatenwelt – erweitert um einige Kompradoren-Regimes der Dritten Welt – unter US-Hegemonie so weit zu vereinheitlichen, daß die *globale Un-*

9) Vgl. Hamilton Fish Armstrong, Regional Pacts: Strong Points or Storm Cellars?, in: „Foreign Affairs“, Vol. 27, No. 3, April 1949, S. 351–367, hier S. 367–69.

10) Vgl. Mr. X (= George F. Kennan), The Sources of Soviet Conduct, in: „Foreign Affairs“, Vol. 25, 1947, No. 4, S. 566–582.

11) Vgl. u. a. Helmut Wolfgang Kahn, Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, München/Bern/Wien 1969; Walter Möller/Fritz Vilmar, Sozialistische Friedenspolitik für Europa, Reinbek 1972.

12) Zit. nach David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin (DDR) 1969 (1965), S. 22. Vgl. George F. Kennan, Rußland, der Westen und die Atomwaffe, Frankfurt/M., 1958.

terdrückung sozialistischer Bewegungen (in der Dritten Welt als nationale Befreiungsbewegung, in den kapitalistischen Zentren als klassenbewußte Arbeiterbewegung) und die Rekapitalisierung bereits existenter sozialistischer Staaten – eine von einer Einzelmacht, sei sie auch noch so machtvoll, nicht einzulösende Aufgabe – *koordiniert* vorangetrieben werden konnte. „Was wir jetzt tun müssen, ist nicht, die Welt für die Demokratie, sondern für die Vereinigten Staaten sicher zu machen.“¹³⁾ (US-Außenminister Byrnes.) Die westliche Propaganda und die Selbstdarstellung der Militärs ging in dieser Zeit davon aus, daß „Frieden und Sicherheit“, also eine „internationale Gemeinschaft“, erst nach der *Auflösung* des sozialistischen Staatensystems gewährleistet seien, d. h. die westliche Strategie wurde nicht allein als moralisch gerechtfertigt ausgewiesen, sondern darüber hinaus mit der künftigen Wohlfahrt der Menschheit schlechthin verknüpft. Nach Truman und Kennan mußten alle verfügbaren militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mittel auf die Förderung von Entwicklungen verwendet werden, die die „Sowjetmacht“ kurz- oder mittelfristig nicht nur destabilisieren, sondern umstürzen („break-up or the gradual mellowing of Soviet power“¹⁴⁾, d. h. den Umschlag von „Containment“ in „Roll Back“ besorgen konnten. Der gezielte Einsatz westlicher Stärke sollte den Kapitalismus gleichermaßen als zukunftssträchtige gesellschaftspolitische Alternative ausweisen („Magnettheorie“). Die USA erklärten, alle Nationen stünden jetzt am Scheideweg (Truman-Doktrin) der Wahl zwischen „Licht und Finsternis“ (so Präsident Eisenhower in seiner Antrittsrede¹⁵⁾). Die Militärpolitik und -strategie wurde konsequent auf diese Zielsetzung hin funktionalisiert. Die NATO entwickelte sich zum Kern eines Systems weltweiter militärischer Einkesselung der UdSSR und der VR China. 1955 wurde ergänzend der sogenannte Bagdad-Pakt gegründet, dem – 1959 nach dem Austritt Iraks in CENTO-Pakt umbenannt – die USA, Großbritannien, die Türkei, Pakistan und der Iran angehörten. Allein im Iran wurden im Laufe der Zeit über 30 US-amerikanische Militärbasen aufgebaut – also in einem an die UdSSR unmittelbar angrenzenden Land. Die CENTO fungierte als Mittelstück zwischen NATO und SEATO (South East Asia Treaty Organization), die 1954 auf Anregung von John Foster Dulles zur „Eindämmung“ der VR China unter Beteiligung der USA, Großbritanniens, Australiens, Neuseelands, Thailands, der Philippinen, Frankreichs (1967) ausgetreten) und Pakistans (1972 ausgetreten) gegründet wurde.

Die aggressive militärische Konfrontationspolitik zeigte sich nicht allein in der von den USA initiierten und forcierten Praxis der Blockbildung, sondern auch theoretisch-doktrinär in der Bestimmung militärischer Überlegenheit als Mittel der Politik. Die Doktrin von der „Politik der Stärke“ – verbunden mit der militärtheoretisch ausgiebig diskutierten Option eines Präventivkrieges gegen die UdSSR¹⁶⁾ – verkörpert also entscheidende „theoretische“ Charakteristiken der NATO-Vor- und Frühgeschichte. Bereits der Atombombenab-

13) Zit. nach: Gunnar Matthiessen, Historische und aktuelle Dimensionen der Abrüstungsfrage, in: „Blätter“, 4/1974, S. 384–402, hier S. 401.

14) Mr. X, a.a.O., S. 581, 582.

15) Vgl. Horowitz, a.a.O., S. 130.

16) Vgl. ebd., S. 83.

wurf auf Hiroshima und Nagasaki – nach der Unterbreitung japanischer Friedensangebote – war nicht militärischer Notwendigkeit zur Beendigung des Krieges geschuldet, sondern sollte der UdSSR die militärische Überlegenheit der USA signalisieren und als Warnung vor der sich abzeichnenden Entwicklung volksdemokratischer Regierungs- und Gesellschaftsstrukturen in Osteuropa verstanden werden. Aus den Tagebucheinträgen des US-Marineministers Forrestal geht weiter hervor, daß der Atomwaffeneinsatz auch der Absicherung der militärischen und politischen Position der USA in Ostasien galt¹⁷⁾. Diese strategische Grundorientierung, aus Positionen militärischer Überlegenheit (atomares Monopol bzw. erdrückende Suprematie) die UdSSR zu immer weitergehenden innen- wie außenpolitischen Zugeständnissen zu zwingen¹⁸⁾, sollte in der sich anschließenden Blütezeit des Kalten Krieges (bis Anfang der 60er Jahre) die amerikanische Außenpolitik dominieren und die Funktion der NATO bestimmen. „Die Fähigkeit, so sagte er (Dulles; d. Verf.) einmal, bis an die äußerste Grenze zwischen Krieg und Frieden zu gehen und dennoch den Krieg zu vermeiden, sei die heute erforderliche Kunst.“¹⁹⁾ Nach George F. Kennan war die politische Drohung der Westmächte mit der Atomwaffe („massive retaliation“, d. h. die uneingeschränkte und sofortige atomare Vergeltung für alle Formen „kommunistischer Aggression“) Ausdruck der Bereitschaft, diese auch *real* „in jeder größeren Auseinandersetzung“ einzusetzen, „gleichgültig, ob sie (die Atomwaffe; d. Verf.) gegen sie (die westliche Welt; d. Verf.) eingesetzt wurde oder nicht“²⁰⁾.

Seit 1950 verfügte dann auch die UdSSR über die Atombombe – wie die hier geschilderten Entwicklungen nahelegen, zweifellos aus elementaren Sicherheits- und Selbsterhaltungsgründen heraus. Freilich war weder durch dieses relative Gegengewicht noch vermittels der ständigen sowjetischen Vorschläge zur Vernichtung aller Atomwaffen der Kalte Krieg aufzuhalten. Die NATO-Militärdoktrin der „massive retaliation“ leitete die Phase atomarer Hochrüstung ein. Gleichzeitig ging man auch dazu über, die konventionellen Streitkräfte der NATO-Mitgliedsstaaten sprunghaft zu vergrößern. Adenauer und Strauß forderten gleichzeitig die Atombewaffnung der Bundesrepublik als eine der Voraussetzungen zur deutschen Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage. Offiziellen NATO-Daten zufolge verdreifachten die USA und Kanada zwischen 1949 und 1954 ihren Rüstungshaushalt, Frankreich und Großbritannien verdoppelten ihre Ausgaben²¹⁾.

Die Aufrüstung bot sich in den Augen westlicher Strategen nicht allein als politisches Erpressungs- und militärisches Druckinstrument an, sondern wurde gleichzeitig verstanden als Mittel zur Auslaugung der Wirtschaftskraft sozialistischer Länder, um deren „innere Labilität“, also antisozialistische Konter-

17) Vgl. ebd., S. 48.

18) Vgl. auch Henry Kissingers Beurteilung jener Zeit: Rede über das Verhältnis USA–UdSSR und die weltpolitische Entwicklung, in: „Blätter“, 3/1976, S. 332–345.

19) Waldemar Besson, Von Roosevelt bis Kennedy. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933–1963, Frankfurt/M. 1964, S. 182.

20) George F. Kennan, The United States and the Soviet Union, 1917–1976, in: William Bundy (Ed.), 200 Years of American Foreign Policy, New York 1977, S. 164.

21) Verteidigungsausgaben der NATO-Länder 1949–78, in: „NATO-Brief“, 1/1979, S. 30.

revolutionen, zu forcieren²²⁾. In der Tat wurden die östlichen Volksdemokratien durch die ihnen aufgezwungenen Extraausgaben in ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zurückgeworfen – eine Erscheinung, die von den Kalten Kriegern wiederum in einen Beweis der „natürlichen“ Überlegenheit des Westens umgemünzt wurde.

Diese äußere Militarisierung war gleichermaßen auf einen Kalten Krieg im Inneren der kapitalistischen Länder verwiesen; schließlich galt es, „der kommunistischen Gefahr in ihrer bedrohlichsten Erscheinungsform entgegen(zu)treten – in der Gestalt eines inneren Problems der westlichen Gesellschaft . . .“²³⁾ Unter diesem Aspekt werden (wie z. B. Kennans Ausführungen exemplarisch zeigen) die NATO-Truppen auch als potentielle innenpolitische „Ordnungsfaktoren“ relevant. Wenn durch die im Zeichen des McCarthyismus in allen Ländern des amerikanischen Einflußbereichs massiv vorangetriebene Diskriminierung der Linkskräfte, vor allem der Kommunisten, mattgesetzt waren, konnten auch die immensen Rüstungsetats innenpolitisch problemlos durchgesetzt werden. Somit waren ideologisch-psychologische Kriegsführung gegen die sozialistische Systemalternative im Innern wie im Äußeren, militärische und außenpolitische Konfrontation ein letztenendes für alle Beteiligten ruinöses Wettrüsten einer westlichen Politik, die auf eine „Entscheidung“ der Systemauseinandersetzung zugunsten des Kapitalismus setzte, statt, wie damals schon die sozialistischen Länder die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz zu akzeptieren. Die NATO als Militärbündnis wurde zu einem entscheidenden Scharnier des Kalten Krieges. Politische und militärische Konfrontationsbereitschaft des Westens ergänzten sich in jenen Jahren bruchlos; aus einer vermeintlichen „Position der Stärke“²⁴⁾ heraus glaubte man, die Bedingungen internationaler Politik bis zu einem Punkt diktieren zu können, wo selbst Verhandlungen und reibungslose diplomatische Beziehungen verunmöglicht wurden. Gemäß diesem Selbstverständnis waren militärische Abrüstung und internationale Entspannung – also alle politischen Alternativen zur totalen Konfrontation – folgerichtig nur bei vorheriger sozialer, politischer und militärischer Kapitulation der sozialistischen Staaten möglich.

Die Grundstrukturen des Kalten Krieges wurden zu dogmatischen Glaubenssätzen westlicher Politik – dies erklärt ihre Zählebigkeit selbst in einer Zeit, da ihre Prämissen empirisch-augenfällig widerlegt waren, und trug dazu bei, daß sie auch heute noch in veränderten Gewändern immer wieder auftauchen.

22) Vgl. Fritz Vilmar, *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus*, Reinbek 1973, S. 186/87.

23) Kennan, *Rußland . . .*, a.a.O., S. 116.

24) Vgl. Horowitz, a.a.O., S. 98: Nach Dean Acheson gab es „in der Welt keine leichte Lösung . . . Die einzige Art und Weise, mit der Sowjetunion fertig zu werden, besteht nach unseren Erfahrungen darin, Situationen der Stärke zu schaffen.“

III

Die NATO in der Umbruchphase: 1957–67

Gegen Ende der 50er Jahre wurden die politischen und militärischen Ermattungsstrategien der Atlantischen Allianz brüchig. Die reale politische Entwicklung hatte ihnen den Boden entzogen. Die militärische Suprematie und die Drohung einer „massiven Vergeltung“ durch die Atomwaffen des westlichen Militärblocks hatten nicht die gewünschten politischen Früchte eingetragen, wurden im Gegenteil mit der erzwungenen Stärkung sowjetischer Militärmacht zusehends dysfunktional und unglaublich. Die sozialistischen Länder hatten sich zwischenzeitlich stabilisiert, während der Westen durch die Erfolge nationaler Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt weitere Machteinbußen hinnehmen mußte. Die Zeiten der klassischen Kanonenbootdiplomatie und freier globaler Verfügung des Kapitals über Menschen und Ressourcen in aller Welt waren, wie sich zeigte, endgültig vorbei. In dieser Zeit begann eine außen- und sicherheitspolitische Debatte in den USA – die die Atlantische Allianz in jenen Jahren auch ideologisch und strategisch-konzeptionell noch eindeutig dominierten –, die taktische Neubestimmungen und Kurskorrekturen des westlichen Bündnissystems erwog. Im Mittelpunkt stand das Verhältnis von politischer und militärischer Macht, d. h. die Frage, ob und wie militärische Stärke unter den geänderten weltpolitischen Konstellationen in politisch-diplomatischen Einfluß umgesetzt werden kann. Zwei Linien dominierten diese Diskussion: George F. Kennan, der „geistige Vater“ der Containment-Politik, vertrat 1958 die Meinung, daß allein eine beiderseitige Truppenreduzierung in Europa die „widernatürliche“ Teilung des Kontinents und Deutschlands überwinden könne. Er verstand damals den Abbau der militärischen Blocksysteme als Voraussetzung einer gesamteuropäischen Einigung unter bürgerlich-demokratischen Vorzeichen²⁵). Der Mehrheitsfraktion um Henry Kissinger, das Pentagon und die Generalität (Maxwell Taylor!) hingegen ging es um eine *Strukturreform* der Militärstrategie der NATO. Da die „uns zu Gebote stehenden Möglichkeiten schwerster Vergeltung . . . weder den Koreanischen Krieg, noch den Verlust des nördlichen Indochina, noch den sowjetisch-ägyptischen Waffenhandel, noch die Suezkrise abgewandt (haben)“,²⁶) müsse es jetzt darum gehen, militärisch brauchbare, d. h. unterhalb der Schwelle eines totalen Atomkrieges realisierbare militärische Optionen zu entwickeln. „Die Strategie kann die Politik nur dadurch unterstützen, daß sie eine möglichst hohe Zahl von Zwischenstufen zwischen dem *totalen Frieden* – der die *totale Übergabe* bedeuten kann – und dem totalen Krieg entwickelt.“²⁷) Allein durch „begrenzte Kriege“²⁸) sei man in der Lage, „das Risiko einer Gegenreaktion der anderen Seite zu(zu)schieben“²⁹), d. h. es geht darum, „für uns günstige strategische Veränderungen herbeizufüh-

25) George F. Kennan, Rußland . . . , a.a.O., S. 109–127.

26) Henry Kissinger, Kernwaffen und auswärtige Politik, München 1959 (1957), S. 113.

27) Ebd., S. 115; Hervorhebung v. Verf.

28) Zum Entwurf des „begrenzten Krieges“ vgl. Maxwell Taylor, *The Uncertain Trumpet*, 1960; Taylor war Oberbefehlshaber der Armee unter Eisenhower und gehörte später zum Beraterstab Präsident Kennedys.

29) Kissinger, Kernwaffen, a.a.O., S. 52; Hervorhebung v. Verf.

ren“³⁰⁾, indem man die UdSSR bzw. den Warschauer Pakt in eine Lage bringt, aus der sich der Gegner „nur durch den totalen Krieg herausziehen kann, während wir ihn gleichzeitig durch die Überlegenheit unserer Vergeltungsfähigkeit davon abhalten, diesen Schritt zu tun“³¹⁾. Dadurch sei die „Tendenz“ amerikanischer „Zurückhaltung“ – die ehemals in Korea, Indonesien und Ungarn (1956) sich negativ bemerkbar gemacht habe – endlich zu durchbrechen.

Zwar wurden die antiquierten Zusammenbruchstheorien über den *programmierten* Untergang des Sozialismus nicht mehr zur Begründung und Rechtfertigung der Militärstrategie bemüht, jedoch verwies man noch immer auf die angeblich historische Überlegenheit des kapitalistischen Gesellschaftssystems als notwendige Voraussetzung und Garant, die Systemauseinandersetzung durch militärische Überlegenheit zugunsten des Westens zu entscheiden. „Für eine Nation mit einem *überlegenen Industriepotential* und einer *breiteren technischen Basis* ist die strategisch produktivste Form des Krieges diejenige, bei der Waffen von mittlerer Zerstörungskraft zur Anwendung kommen, die so kompliziert sind, daß ihre Produktion einen erheblichen Aufwand notwendig macht, so viel Zerstörungskraft besitzen, daß die Technik nicht durch Menschenmaterial ersetzt werden kann, und dennoch eine abgestufte Verwendung mit Aussicht auf Erfolg zulassen.“³²⁾

In dieser Diskussion wurden wesentliche Fixpunkte für die weitere militärpolitische Entwicklung der USA und der NATO formuliert: das Konzept des begrenzten (atomaren) Krieges, der gezielte Einsatz von Technologie, Wissenschaft und Kapital für Kriegsproduktion und langfristige Aufrüstung (um diesen Zusammenhang drehen sich die Diskussionen über Vernichtungswissenschaft, „Ökonomie des Todes“ – Richard Barnett – und militärisch-industriellen Komplex^{32a)}, die stärkere Betonung „kommunistischer Bedrohung“ aus der Dritten Welt³³⁾, schließlich das Festhalten an einer atomar-strategischen Überlegenheit der USA („Vergeltungsfähigkeit“) als notwendiger Erfolgsbedingung „begrenzter Kriege“ – sei es in der Dritten Welt oder in Europa.

So gingen die USA und die NATO mit Beginn der 60er Jahre erneut daran, einen gigantischen Rüstungswettlauf in Gang zu setzen. Die ideologische Begründung lieferte ein an die sowjetischen Weltraumerfolge anknüpfender Propagandafeldzug, der vor einer „Raketenlücke“ zugunsten der UdSSR „warnte“. Genau wie die „Panzerlücke“ der unmittelbaren Nachkriegszeit erwies sich auch die neuerliche „Lücke“ als Fiktion – auch westliche Kommentatoren distanzieren sich heute diskret von diesen Ammenmärchen. Real wurde in den 60er Jahren eine „Raketenlücke“ zugunsten der USA geschaf-

30) Ebd., S. 125.

31) Ebd., S. 123; zweite Hervorhebung v. Verf.

32) Kissinger, Kernwaffen, a.a.O., S. 167; Hervorhebung v. Verf.

32a) Zur Auseinandersetzung um den Militärisch-Industriellen Komplex vgl. Ulrich Albrecht, Theoreme vom „militärisch-industriellen Komplex“ – eine kritische Bestandsaufnahme, in: W. v. Bredow/G. Kade (Hrsg.), *Abrüstung, Ökonomische Folgen, Aufgaben der Wissenschaftler*, Köln 1978, S. 75–95.

33) Vgl. Robert S. McNamara: „Die kommunistische Hauptgefahr liegt nicht in einem Atomkrieg, sie besteht vielmehr in einer Kette kleiner Übergriffe . . .“, in: „Der Spiegel“, 49/1964, S. 111.

fen – wie selbst der ehemalige Verteidigungsminister Robert S. McNamara 1968 zugeben mußte. McNamara betonte, daß die Überlegenheit der USA an nuklearen Sprengköpfen „weit über unsere ursprünglichen Planungen hinaus(geht) und ebenso über unsere eigentlichen Erfordernisse“³⁴⁾. Der Aufbau einer solchen Überlegenheit gewinnt besondere Brisanz angesichts der Tatsache, daß gegen Ende der 50er Jahre einflußreiche Kräfte innerhalb des amerikanischen Militärs (immer noch oder erneut) für die Entwicklung eines nuklearen „Erstschlagpotentials“ votierten, das den USA einen atomaren Aggressionskrieg gegen die UdSSR ermöglichen sollte³⁵⁾. Obwohl diese Kräfte (auch auf der Ebene der Planung) sich nicht durchsetzen konnten, wirft allein die Diskussion derartiger Optionen ein bezeichnendes Licht auf die Kontinuität militärischer Aggressions- und Expansionspläne der Atlantischen Allianz. Die von Kissinger, Taylor u. a. vorgeschlagene Neuformulierung westlicher Militärstrategie mußte sich also gegen den Widerstand der Befürworter der „massiven Vergeltung“ (die ja nach Dulles die Fähigkeit zum jederzeitigen nuklear-strategischen Angriff einschließt) durchsetzen.

Das Beharren der „Reformer“ auf der nur mehr relativen Überlegenheit der NATO-Nuklearstreitmacht („atomarer Schutzschild der USA“) führte in den frühen 60er Jahren unter Verteidigungsminister McNamara auch zum regierungsoffiziellen Abschwören von einem zentralen militärtheoretischen Dogma der 50er Jahre: „Es ist unmöglich, einen totalen Atomkrieg zu gewinnen.“ (Robert S. McNamara; d. Verf.) Dies hätte . . . selbst noch 1961 bei McNamaras Amtsantritt, wie er selber sagt, als prokommunistische Ketzerei gegolten.“³⁶⁾ Diese Einsicht in veränderte Kräfteverhältnisse lag der in jener Zeit formulierten „Strategie des Gleichgewichts“ zu Grunde, die fortan den Rahmen der NATO-(Militär-)Politik bilden sollte³⁷⁾. Die Spezifik der „Gleichgewichtstheorie“ liegt nicht nur in der Überzeugung, daß strategische Nuklearwaffen sich neutralisieren, sondern darüber hinaus in der Auffassung, „daß dies ein wünschenswerter und deshalb aufrechtzuerhaltender Zustand sei“³⁸⁾. Die atomare Hochrüstung – auf welchem Niveau auch immer – wird somit gleichsam zu einer natürlichen Konstante der Entwicklung der Menschheit. Daß es konkrete gesellschaftliche Entscheidungen und Interessen waren, die diese Entwicklung einleiteten und damit auch prinzipiell reversibel machen, erscheint als „undenkbare“ Alternative, d. h. die Neuorientierung wird sogleich zu einem Dogma wie einstmal die „massive retaliation“ verklärt. „ . . . wenn es für den Menschen überhaupt noch eine Zukunft geben soll, wird sie *ständig* von der Gefahr eines thermonuklearen Weltuntergangs überschattet sein. An dieser Tatsache ist nicht mehr zu rütteln.“³⁹⁾

Freilich war mit der „Theorie des Gleichgewichts“ lediglich die Erkenntnis einer notwendigen Kursänderung konzeptionell formuliert. Die Erarbeitung einer neuen atlantischen Strategie (die die Konsequenzen des nuklearen Patts

34) Robert S. McNamara, Die Sicherheit des Westens, München 1970 (1968), S. 51.

35) Vgl. Horowitz, a.a.O., S. 321–23.

36) „Der Spiegel“, 26/1966, S. 68.

37) Vgl. u. a. Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Frankfurt/M./Berlin (West)/Wien 1970 (1969).

38) Ebd., S. 16.

39) McNamara, Sicherheit . . . , a.a.O., S. 47; Hervorhebung v. Verf.

für die NATO zieht) stand trotz der Anregungen der Kissinger-Gruppe noch immer aus. Die Diskussion darüber wurde zu McNamaras Zeit als US-Verteidigungsminister (1960–68) intensiviert und zweifellos durch die politischen Rahmenbedingungen jener Zeit sowohl forciert als auch inhaltlich geprägt. Nach 1965 zeigten sich in der Atlantischen Allianz zusehends Risse und Dissonanzen: ökonomisch wurde die innerkapitalistische Konkurrenz durch das Ende der langen Nachkriegsprosperität verschärft, unter dem Schlagwort der „amerikanischen Herausforderung“ (J. J. Servan-Schreiber) kam eine öffentliche Diskussion über die Perspektiven der Bündnisbeziehungen Europa-USA und insbesondere über die Gefahren einer weiter anhaltenden US-Hegemonie auf. 1967 trat Frankreich unter dem Eindruck ostpolitischer Entspannungsinitsiativen de Gaulles aus der NATO aus, der Vietnam-Krieg stellte neue Fragen hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen der Führungsmacht USA im NATO-Bündnis (d. h. thematisierte erneut eine stärkere Lastenverteilung innerhalb der NATO), und schließlich setzte sich die Erkenntnis durch, daß auch die politische und ideologische Konfrontation seit den 50er Jahren inzwischen obsolet geworden war. Die Osteuropastrategien der USA und Westeuropas wurden genau wie das Verhältnis USA–UdSSR erneut überdacht; trotz vielfacher Rückschläge durch die orthodoxen Entspannungsgegner wurden die Voraussetzungen zur „neuen Ostpolitik“ der Nixon- und Brandt-Ära („Wandel durch Annäherung“) geschaffen.

Vor diesem Hintergrund definierte die NATO 1967 die Grundsätze ihrer weiteren Politik, die auch heute noch verbindlich sind. Im „Harmel-Bericht“ des Nordatlantikrats über die „künftigen Aufgaben der Allianz“ wird festgestellt, daß im Vergleich zum Gründungsjahr 1949 die politischen Aufgaben der Allianz „eine neue Dimension angenommen haben. . . . Die Atlantische Allianz hat zwei Hauptfunktionen. Die erste besteht darin, eine ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität aufrechtzuerhalten, um gegenüber Aggression und anderen Formen von Druckanwendung (sic!) abschreckend zu wirken . . .“ „In diesem Klima“ könne die Allianz entspannungspolitisch initiativ werden und damit ihre zweite Funktion erfüllen: „Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.“⁴⁰⁾ Damit war die „Zwei-Säulen-Theorie“ geboren.

IV

„Gleichgewicht“, „Abschreckung“ und „Flexible Response“

Die Diskussionen über die militärstrategischen Konsequenzen des „nuklearen Gleichgewichts des Schreckens“ mündeten in die Konzeption der „flexible response“ als neuem Kernstück der „militärischen Sicherheit“ der NATO. Damit wird die Forderung nach möglichen Formen konventioneller und taktisch-atomarer Kriegsführung unterhalb der Schwelle nuklear-strategischer

40) Bericht des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz, Anhang zum Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats vom 13. bis 14. 12. 1967 in Brüssel, in: „Europa-Archiv“, 3/1968, S. D 73–D 77, hier S. D 75/76; Hervorhebung v. Verf.

Selbstvernichtung für die NATO-Staaten konkretisiert und in einer heute noch gültigen Strategie formuliert. Die „flexible response“ oder Strategie der „flexiblen Erwidern“ schlägt für „kommunistische Aggression oder Angriffsdrohungen“ eine Abstufung der Eskalationsschritte je nach dem Grad der „Bedrohung“ vor. Die NATO behält sich vor, mit konventionellen Streitkräften oder atomar-taktischen Waffen zu „antworten“ – im NATO-Kalkül ist also der Ersteinsatz von (taktischen) Atomwaffen fest verankert, daher auch die Weigerung der NATO-Staaten, vertraglich auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu verzichten –, um (so die Unterstellung) damit den „letzten Schritt“ des allgemeinen Atomkrieges zu vermeiden. Dieser soll als „ultima ratio“ „abschreckend“ wirken, d. h. die Kriegsführung spätestens auf atomar-taktischer Stufenleiter „stabilisieren“ bzw. beenden. Angeblich liegt die besondere Qualität der „flexible response“ im Prinzip der „Unkalkulierbarkeit“, d. h. der freien Wahl der NATO über die zu ergreifenden militärischen Maßnahmen und insbesondere über die eskalierenden Optionen. Einer dieser „unkalkulierbaren Faktoren“ und gleichzeitig ein essential der „flexible response“ ist die „Vorne-“ bzw. „Vorwärtsverteidigung“, die die „Verteidigungslinien“ der NATO entweder grenznah bestimmt oder aber a priori offensiv nach „vorwärts“, nämlich auf das Territorium des Gegners, verlagert.

Die Einschätzung der „flexible response“ muß über eine Einordnung in das Bemühen den Krieg, wieder „führbarer“ zu machen, hinausgehen und zweierlei analysieren: die immanente Logik der NATO-Militärdoktrin und die militär-strategische Tauglichkeit dieser Doktrin – schließlich erhebt sie den Anspruch, die dysfunktionale „massive Vergeltung“ überwunden zu haben. Dreh- und Angelpunkt der ideologischen Begründung der „flexible response“ sind die Kategorien „Gleichgewicht“, „Stabilität“ und „Abschreckung“. Um den Nebelschleier der scheinbaren Neutralität dieser Begriffe zu lüften, ist zunächst das ihnen gemeinsame Vorverständnis des Charakters der internationalen Beziehungen zu klären. Ausgegangen wird nach wie vor von einer *wesensmäßig* aggressiven und expansiven UdSSR – diese apodiktische, zu einer Glaubensformel geronnene Unterstellung durchzieht alle offiziellen Kommuniqués und die Reden der verantwortlichen Politiker der NATO-Staaten. Die Willkür des Aggressionsbegriffs ist offensichtlich: mal zeige sich die Expansionsabsicht der UdSSR an der innenpolitischen Entwicklung in Portugal oder Italien (die voluntaristische Vermengung innenpolitischer Entwicklungen mit Strukturfragen außenpolitischer Beziehungen findet sich u. a. im Begriff der „Weltinnenpolitik“, die auf Ruhe, Ordnung und Solidarität basieren soll, wieder), mal an einem neuen Panzertyp des Warschauer Pakts. Davon ausgehend folgert: die UdSSR wird sich – so die seit 30 Jahren vertretene NATO-Ideologie – nie mit einem wirklichen, nämlich stabilen „Gleichgewicht“ zufriedengeben, sondern, sollte dies einmal erreicht werden, sofort nukleare Superiorität mit dem Ziel anstreben, einen allgemeinen Atomkrieg doch zu ihren Gunsten entscheiden zu können. In diese traditionelle Richtung argumentierte jüngst etwa wieder der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, der Norweger Zeiner Gundersen⁴¹). „Gleichgewicht“ heißt demnach,

41) Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ v. 19. 5. 1978.

daß westliche nukleare (zumindest bezüglich der taktischen Atomwaffen) und konventionelle Superiorität ausgeglichen werden durch den um das innere, subjektive Aggressionspotential, das „offensive Denken“ der sozialistischen Länder „aufgestockten“ Militärapparat des Warschauer Pakts. Allein durch reale, materielle westliche Überlegenheit ließe sich die kriegspsychologische Risikobereitschaft des Warschauer Pakts senken und das Gleichgewicht auch langfristig stabilisieren⁴²⁾. Damit sind Orwellsche Dimensionen erreicht: Gleichgewicht ist Überlegenheit (des Westens). Auch wird damit der westlichen Politik militärischer Superiorität aus den 50er Jahren weiterhin ein Rest an Rationalität zugestanden. Atomare Überlegenheit diene eben lediglich zur „Abschreckung“. „Abschreckung“ hingegen ist janusköpfig. Darunter verstehen die US- und NATO-Strategen sowohl Abschreckung eines Angriffs des Warschauer Pakts als auch – wie es Kissinger 1957 formulierte – Abschreckung der UdSSR von einer nuklear-strategischen Antwort auf NATO-Offensiven wegen der „überlegenen Vergeltungsfähigkeit“ der USA⁴³⁾. Es paßt zu dieser Logik, wenn der scheidende Oberkommandierende der NATO, General Alexander Haig, die Abschreckung als „nicht quantifizierbar“ bezeichnet.⁴⁴⁾ Die praktische Umsetzung dieser Theorie seit 1967 spricht für sich: eine zu Beginn der Nixon-Administration für den Nationalen Sicherheitsrat der USA angefertigte Studie begann, in der Formulierung des Berichts der „New York Times“, mit der ersten Option „einer Politik, die einen umfassenden Ausbau der Offensivkräfte betont, um die Sowjetunion zu überwinden und in der Lage zu *bleiben* (sic!), zu jeder Zeit einen Überraschungsangriff beginnen zu können“^{44a)}. Im Wahlkampf 1968 hatte Nixon davon gesprochen, eine nuklear-strategische Parität mit der UdSSR niemals zulassen zu wollen. Auch sind die trotz SALT unter Verteidigungsminister Schlesinger unternommenen Versuche, den USA neue „atomare Ziele“ durch die Ausschaltung der nuklearen Zweitschlagkapazität der UdSSR zu schaffen, mit einer so verstandenen „Abschreckung“ durchaus vereinbar. Noch immer arbeiten die USA an solchen Optionen des Aufbaus einer amerikanischen Erstschlagkapazität⁴⁵⁾.

Es liegt auf der Hand, daß derlei Theorie und Praxis nur auf eine *Eskalation der Rüstung* hinauslaufen kann. Das Streben der NATO nach (nuklear-strategischer) Superiorität zwingt die UdSSR seit den unmittelbaren Nachkriegsjahren zum rüstungstechnologischen „Nachziehen“. Herbert Wehners Diktum vom „defensiven“ Warschauer Pakt erhält vor diesem Hintergrund noch einen zweiten Aspekt: „defensiv“ im Sinne von „reaktiv“. Das NATO-„Sicherheits“-Bedürfnis ist völlig willkürlich interpretierbar und manipulierbar,

42) Vgl. u. a. Robert S. McNamara, Warum wir stärker sind als Rußland, in: „Der Spiegel“, 49/1964, S. 108–112; vgl. K.-Peter Stratmann, Schwächen der NATO-Verteidigung und Angriffs-Optionen des Warschauer Pakts, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 37/1977, 17. 9. 1977; vgl. Stewart Alsop, Der Krieg ist sein Geschäft. Ein Portrait des US-Verteidigungsministers Robert S. McNamara, in: „Der Spiegel“, 26/1966, S. 62–73, hier S. 68/69.

43) Vgl. Anm. 31.

44) Alexander Haig, Die Herausforderungen des Westens, in: NATO-Brief, 3/1976, S. 10–14, hier S. 13.

44a) Zit. nach: Ekkehart Krippendorff, Die amerikanische Strategie, Frankfurt/M. 1970, S. 476. Hervorhebung v. Verf.

45) Vgl. die Studie des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg: „Sowjetische Nuklearrüstung und Kriegsgefahr“, in: „Frankfurter Rundschau“ v. 28. 11. 1978.

eben weil angeblich nicht „quantifizierbar“. Zugleich macht die NATO den „worst case“, den schlimmstmöglichen vorstellbaren Fall, zum Orientierungspunkt ihrer Rüstungsprogramme⁴⁶⁾. Die Annahme eines „worst case“ entzieht sich ebenso rational-empirischer Überprüfung (über Phantasie läßt sich bekanntlich streiten) wie die Suggestion sowjetischer Aggressionsbereitschaft, die das Böse schlechthin verkörpert, also unbegrenzt ist. Das „worst case-Denken“ abstrahiert völlig von den realen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen der UdSSR, von der militärischen Doktrin des Warschauer Pakts und dem politischen Willen der sozialistischen Länder. Dies alles erscheint sekundär gegenüber den gespenstischen „Welteroberungsplänen“, die man durch ständige Wiederholung sozialpsychologisch seit über 50 Jahren zu einer Art „Urangst“ des Westens aufzubauen sucht. Mit der Annahme des „worst case“ wird versucht, den utopischen Punkt „X“ in ferner Zukunft zu orten, den der Warschauer Pakt militärtechnologisch bei Einsatz seiner gesamten volkswirtschaftlichen Ressourcen theoretisch erreichen könnte – wenn er der kapitalistischen Funktionalisierung immer weiterer Bereiche von Wissenschaft und Technik für destruktive Zwecke verpflichtet wäre. Dergleichen Science Fiktion wird im NATO-Denken freilich zur „Realität“, an der man die eigenen Rüstungsplanungen und -programme auszurichten hat. Den ominösen Punkt „X“ gilt es vor dem Warschauer Pakt zu erreichen, um durch Überlegenheit weiterhin und in alle Zukunft „ausgleichend“ zu wirken. Damit sind die Weichen für eine Aufrüstung ohne Ende gestellt; in der Tat ist die NATO-Bilanz in dieser Hinsicht von der ersten Atombombe bis zur Neutronenbombe (die endlich „sauber tötet“) und zu Mehrfachsprengköpfen beeindruckend.

Die Techniken zur „materiellen Absicherung“ dieser Politik sind bekannt. Wann immer neue Rüstungsprogramme zur Verabschiedung anstehen oder die sozialistischen Länder politisch-ideologisch unter Druck gesetzt werden sollen, werden „bedrohliche“ militärische Entwicklungen „entdeckt“ – natürlich sind diese Entwicklungen immer „neu“ und mit „qualitativen Durchbrüchen“ verbunden. Georg Leber war ein Stern am Himmel dieser Märchenstunden, der auch dann noch unbeirrt den „Fall Rot“ ausrief, als sein amerikanischer Amtskollege Schlesinger bereits zugeben mußte, daß die Horror-Meldungen über östliche Aufrüstung nach politischen Zweckmäßigkeiten ausgegeben werden⁴⁷⁾. Als Verteidigungsminister fand Helmut Schmidt eine elegante Formel, in der sich alle genannten Widersprüchlichkeiten und Irrationalismen scheinbar auflösen: „Das Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West wird nicht allein durch objektive, sondern auch durch *subjektive Faktoren* bestimmt.“⁴⁸⁾ Auf dieser Grundlage läßt sich alles und jedes rechtfertigen.

Die ganze NATO-Logik fällt wie ein Kartenhaus in sich zusammen, wenn man Abrüstung als politisch erstrebenswerte und anzustrebende Alternative begreift. Dieser Punkt kann jedoch so lange nicht erreicht werden, wie die

46) Vgl. exemplarisch: McNamara, Sicherheit . . . , a.a.O., S. 51/52.

47) Vgl. Studiengruppe Militärpolitik, Ein Anti-Weißbuch, Reinbek 1974, S. 54; vgl. ebd. S. 46–62: Über die „Objektivität“ der Zahlenvergleiche zwischen Ost und West.

48) Zit. nach Anti-Weißbuch, a.a.O., S. 49; Hervorhebung v. Verf.

NATO in der Tradition der Politik der 50er Jahre stehend militärische Stärke und Krieg (der NATO-intern eine ständig diskutierte Option bleibt) immer noch als Mittel der Politik, sogar der Entspannungspolitik, wie im Harmel-Bericht 1967 formuliert, begreift und im Stil des Kalten Krieges die UdSSR als Inkarnation des Weltübels denunziert, also weiterhin „Sicherheit“ erst nach Auflösung des sozialistischen Staatensystems endgültig „gesichert“ sieht. Der NATO fehlt jegliche politische Konzeption der Abrüstung, und es ist bezeichnend, daß die „Rüstungskontrolle“ – so begrüßenswert sie als erster Schritt sein muß – immer wieder als *Alternative* zur Abrüstung aufgebaut wird. 30 Jahre kontinuierlicher Politik für Aufrüstung, Drohung, Konfrontation und Waffenexport weisen die NATO als Sicherheitsrisiko aus.

Zu dem gleichen Urteil führt die Analyse der *Tauglichkeit der „flexible response“* für „Verteidigungszwecke“. Die Studien von C. F. v. Weizsäcker und H. Afheldt⁴⁹⁾ und auf diese Arbeiten zurückgreifende weitere Untersuchungen der kritischen Friedensforschung weisen überzeugend nach, daß die in der „flexible response“ unterstellte Fähigkeit einer „Kontrolle“ taktisch-atomarer Kriege Fiktion ist, daß die Eskalationsleiter unkontrollierbar ist und keine Optionen abgestufter Kriegsführung bietet. Beim heutigen Stand der Waffentechnologie würde jede Form der Kriegsführung (auch die konventionelle, falls eine Beschränkung darauf möglich wäre) in Europa das Territorium von Angreifer wie Angegriffenem gleichermaßen zerstören und einen Wiederaufbau unmöglich machen. Also bietet die NATO-Doktrin statt „garantierter Abschreckung und Verteidigung“ eine „garantierte Zerstörung“ – und dies umso mehr (inzwischen mit der Garantie für einen mehrfachen „overkill“), als unter dem Vorwand der Perfektionierung der Strategie ständig neuere und verheerendere Waffensysteme entwickelt werden. Die ungeheure Zerstörungskraft der heute gelagerten taktischen Atomwaffen „sichert“ bereits die umfassende Zerstörung. Die Versuche, deren Sprengkraft zu begrenzen und ihre Treffsicherheit zu erhöhen („Mini-Nucs“ und Neutronenbombe), ändern nichts an diesem Tatbestand, sondern machen die Katastrophe nur wahrscheinlicher. Die Kriegsschwelle wird durch diese Waffen herabgesetzt, denn das Kalkül begrenzter Zerstörungen macht europäische Kriege unter Ausschluß der amerikanischen und sowjetischen Interkontinentalwaffen scheinbar wieder „führbarer“, begrenzt aber zugleich „das Vernichtungsrisiko für einen wirklichen Angreifer“ und hebt damit die Abschreckung auf, „ohne etwas an der Unmöglichkeit eines Verteidigungskrieges zu ändern“⁵⁰⁾ – schließlich bewirken selbst „saubere“ taktische Atomwaffen Zerstörungen selbstmörderischen Ausmaßes. Gleich unter welchen waffentechnologischen und strategischen Gesichtspunkten – Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt führt zu allgemeiner Vernichtung. Also erweist sich die „flexible response“ als gleichermaßen dysfunktional wie ehemals die „massive retaliation“.

49) Vgl. C. F. v. Weizsäcker (Hrsg.), *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, München 1971⁴.

50) W. v. Bredow/J. H. H. Thielen, *Kritik der Sicherheitspolitik der BRD*, in: *Anti-Weißbuch*, a.a.O., S. 15–46, hier S. 41; vgl. Möller/Vilmar, *Sozialistische Friedenspolitik* . . . , a.a.O.

Mit Beginn der politischen Entspannung zwischen Ost und West Ende der 60er Jahre waren die Voraussetzungen geschaffen, die Konsequenzen aus diesem Tatbestand zu ziehen und eine Phase militärischer Entspannung einzuleiten mit dem Ziel der Auflösung der anachronistischen Blockstrukturen.

V

Die NATO und das Verhältnis von politischer und militärischer Entspannung

Die NATO freilich erwies sich in den vergangenen 10 Jahren in Theorie und Praxis als Koordinierungsinstanz einer „Politik der Stärke“, die die Entspannungsbemühungen ständig und systematisch torpedierte. Sie führte damit ihren seit dem Harmel-Bericht (1967) ständig reklamierten Anspruch, Aufrüstung und Entspannung als „zwei Säulen“ der Sicherheitspolitik zu vereinen, selbst ad absurdum. Die beiden „Säulen“ sind prinzipiell nicht miteinander vereinbar: eine nur über antikommunistische Zerrbilder zu begründende und innenpolitisch durchzusetzende Aufrüstungspolitik muß dem Klima politischer Entspannung, die sich keine politische Basis in einem Treibhaus voller Feindbilder schaffen kann, abträglich sein und erneut zu politischer Konfrontation beitragen. Ständig steigende Rüstungsausgaben destabilisieren nicht nur die internationale Politik, unterminieren nicht nur gegenseitiges Vertrauen, sondern verschlingen Ressourcen, die für eine intersystemare Kooperation zu beiderseitigem Vorteil bei der Lösung globaler Aufgaben verwendbar wären: Umweltschutz, Forschung und Technologie, Energiegewinnung, friedliche Nutzung der Meere und des Weltraums und vieles andere mehr.

Das Festhalten an der „militärischen Sicherheit“ als Basis der Politik (Harmel-Bericht) führte des weiteren seit 1969 u. a. dazu,

- daß die USA mit der Schlesinger-Doktrin (Versuch der Schaffung neuer atomarer Optionen im Sinne der Ausschaltung der sowjetischen Zweitschlagkapazität) direkt das 1973er Abkommen zwischen den USA und der UdSSR über die Verhütung eines Nuklearkrieges und den beiderseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz von strategischen Atomwaffen unterliefen;
- daß vom NATO-Hauptquartier und vom Pentagon in regelmäßigen Abständen und politisch gezielt – wie z. B. selbst James Schlesinger eingestand⁵¹⁾ – die Greuelmärchen über den unberechenbaren „Polarbären“ lanciert wurden. Inzwischen ist auch in NATO-offiziellen Publikationen nachzulesen, daß ohne dieses Trommelfeuer die gewünschten Rüstungshaushalte nicht mehr durchzusetzen seien⁵²⁾. Neuerdings geht die Mär vom sowjetischen „Blitzkrieg“ gegen Europa um: die Rote Armee könne innerhalb 48 Stunden am Rhein stehen;
- daß die Kernländer der NATO, die USA und die BRD, beständig ihre Rüstungshaushalte erhöhten – und zwar in bisher ungekannten Dimensionen⁵³⁾.

51) Vgl. Anti-Weißbuch, a.a.O., S. 54.

52) Vgl. Joseph Godson, Brauchen wir die NATO noch?, in: „NATO-Brief“, 4/1976, S. 17–21.

53) Vgl. Rainer Rilling/Hartmut Sychla, Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel, in: „Blätter“, 6/1972, S. 598–616.

Quantitative Ausdehnung des Militärapparats und qualitative Verbesserungen standen im Mittelpunkt. Die dauernden Diskussionen über neue Waffensysteme bis hin zu AWACS mögen als Hinweis genügen;

– daß sich die NATO zum Sprachrohr der reaktionärsten politischen Kräfte machte⁵⁴), deren dem Kalten Krieg entlehnte politische Zielsetzungen eigentlich nur mit dem Mittel des Krieges zu realisieren sind – vorab die Revision der Systemgrenze in Europa;

– daß die USA z. B. 1975 die Einbeziehung Südafrikas (!) und des damals noch faschistischen Spanien in die NATO forderten;

– daß die NATO sich immer stärker als Institution definierte, die auch den *innenpolitischen* Konsequenzen der Entspannungspolitik (z. B. Abbau des Antikommunismus, „Verlust“ des Feindbildes) einerseits, der weltweiten Krise des Kapitals (Verschärfung des sozialen Konfliktpotentials) andererseits aktiv begegnen will. Seit 1970 wird versucht, diese „dritte Dimension“ des Bündnisses⁵⁵) neben den zwischenstaatlich-politischen und militärischen Ordnungsfunktionen stärker auszubauen.

Sofern in dieser Zeit überhaupt die Bereitschaft zu Rüstungskontrolle – von Abrüstung ganz zu schweigen – innerhalb der NATO feststellbar war, reduzierte sie sich auch dort, wo man sich auf Verhandlungen einließ (SALT und Wiener Verhandlungen zur Truppenreduzierung in Europa) auf eine von der Krise der kapitalistischen Ökonomie diktierte „Kosten-Nutzen-Politik“ – auch hier ging die BRD mit schlechtem Beispiel voran: „Nicht Entspannung, sondern ein billigeres Gleichgewichtsniveau (Leber) ist das politische Ziel. Entspannung wird in solchem Kalkül reduziert auf partielle politische Voraussetzung und unvermeidliches Sekundärresultat anzustrebender Kostenminimierung.“⁵⁶) Es ging nicht um ein „Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau“ im Sinne der Freisetzung für friedliche Zwecke zu nutzender gesellschaftlicher Ressourcen, nicht um ein Gleichgewicht mit der Zielsetzung des kontinuierlichen Abbaus von Spannungsherden, sondern um eine Stabilisierung der Waffenarsenale, die jederzeit qualitative technologische Verbesserungen erlaubt und neuerlichen Rüstungsoffensiven nicht den Weg verbaut. Teilt man ein solches Entspannungsverständnis, erscheint die „Zwei-Säulen-Theorie“ als optimale Politikstrategie. Sie deckt sich dann mit der NATO-offiziellen Definition „*politischen Gleichgewichts*“, das zusammen mit „*militärischem Gleichgewicht*“ die „*Strategie des Gleichgewichts*“ ausmacht. Der Begriff des „politischen Gleichgewichts“ reduziert die Entspannungspolitik in der Art der militärischen „Kosten-Nutzen-Politik“ auf die Schaffung optimaler Voraussetzungen zur Entfaltung westlicher Politik- und Militärstrategien. Ureigenste Prinzipien der Entspannungspolitik – nämlich die Fortdauer der ideologischen Auseinandersetzungen (nicht zu verwechseln mit dem von westlicher Seite seit 1917 in periodischen Abständen insze-

54) Vgl. die Jahrgänge 1974–76 der „NATO-Briefe“.

55) W. v. Bredow, Die unbewältigte Bundeswehr, Frankfurt/M. 1973, S. 219. Vgl. Alexander Haig, Die Herausforderungen, a.a.O.

56) Rainer Rilling, Solidarität mit Leber?, in: „Blätter“, 8/1973, S. 800–802, hier S. 802.

Alternativen zur Rüstungspropaganda

Ich glaube nicht,
daß die Sowjetunion
die geringste Neigung
hat, einen Angriff auf
uns oder irgendein
anderes Land zu
unternehmen

George F. Kennan

Lorenz Knorr

Vom Wettrüsten
zur Abrüstung

Mit einem Vorwort
von Martin Niemöller
160 Seiten, DM 6,-

Gerhard Kade

Die Bedrohungs-
lüge

Zur Legende von der
„Gefahr aus dem Osten“
300 Seiten mit umfangreicher
Dokumentation, DM 12,80

W. v. Bredow / G. Kade (Hrsg.)

Abrüstung

Politische Voraussetzungen,
sozioökonomische Folgen,
Aufgaben der Wissenschaftler
Mit einem Vorwort von Reinhard Kühnl
151 Seiten, DM 9,80

Bertha von Suttner

Die Waffen nieder!

Ausgewählte Schriften,
herausgegeben von Klaus Mannhardt
und Winfried Schwamborn
140 Seiten, DM 9,80

Friedrich Hitzer (Hrsg.)

Bundesrepublik Deutschland-Sowjetunion

Offenheit gegen
Offenheit

Meinungen · Kontroversen · Dialoge
Alfred Andersch – Konstantin Simonow
– Martin Walser – Juri Trifonow – C. F.
v. Weizsäcker – Grigorij Wodolasow –
Max Frisch – Viktor Rosow – Carl Amery
– Igor Krawtschenko u. a.
462 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

nierten psychologischen Krieg⁵⁷⁾ und die Respektierung qualitativ verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Organisationsprinzipien – werden argumentativ gegen diese gewandt und die sozialistischen Länder damit ähnlich willkürlich wie in Fragen des „militärischen Gleichgewichts“ der Verletzung der Entspannungspolitik bezichtigt. Auf der einen Seite postulieren die NATO und die ihr nahestehenden politischen Kräfte ein „Gleichgewicht der politischen Einflußsphären“ als Voraussetzung militärischer Entspannung; damit verbindet sich in erster Linie die Forderung nach Aufrechterhaltung eines prokapitalistischen Status quo in der Dritten Welt; im Stil des Kalten Krieges werden die vom Kapital notwendig produzierten, in den Entwicklungsländern Widerstand auslösenden gesellschaftlichen Antagonismen der Wühlarbeit eines externen Weltfeindes, der ewig expansiven UdSSR, zugeschrieben. Wenden sich die sozialistischen Länder gegen imperialistische Interventionspolitik – die alle nichtkapitalistischen Entwicklungsmodelle in Verletzung der Prinzipien friedlicher Koexistenz kategorisch ablehnt –, so glauben die Vertreter des „harten Kurses“ die Gelegenheit gekommen, die ganze Entspannungspolitik versuchsweise aufzukündigen. Auf der anderen Seite wird eine innenpolitische „Liberalisierung“ der sozialistischen Länder nach dem Vorbild westlicher bürgerlicher Demokratien zur Voraussetzung internationaler Entspannung deklariert – also auch hier offen die Nichtanerkennung einer qualitativ verschiedenen Gesellschaftsstruktur ausgesprochen. Die Wahrung des prokapitalistischen Status quo, dort „demokratische Veränderung“ – eine derart reduzierte „Entspannungspolitik“ kann keine Basis sein für Beziehungen gleichberechtigter Partner⁵⁸⁾.

Dergleichen Argumente müssen freilich seit 1976 verstärkt dazu erhalten, die Ergebnisse der Entspannungspolitik ab 1969 in Frage zu stellen. Die Administration Carter stellte zeitweilig sogar einen Zusammenhang zwischen den SALT-Verhandlungen und Angola – wo NATO-Staaten zusammen mit Südafrika im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung MPLA engagiert waren, lange bevor die ersten kubanischen Truppen der MPLA zu Hilfe kamen – her und verdeutlichte mit ihrer Menschenrechtskampagne den Willen zur erneuten psychologischen Kriegsführung. Die militärischen Exponenten der NATO beteiligen sich aktiv an dieser konfrontationsorientierten Außenpolitik und profitieren gleichzeitig politisch von den verschärften Spannungen. Seit dem Amtsantritt Carters gewannen diejenigen Politiker und Militärs an Boden, denen eine „Politik der Stärke“ und daher gerade die offensiven (Rüstungs-) Optionen der NATO immer noch als realistischer Ausweg aus der weltweiten kapitalistischen Strukturkrise erscheinen. „Obwohl es höchste Zeit ist, können die Vereinigten Staaten und Westeuropa das ‚Kräfteverhältnis‘ noch immer umkehren und das globale Gleichgewicht wiederherstellen, das sich in den letzten 30 Jahren so gefährlich zu unseren Ungunsten verschoben hat.“⁵⁹⁾ Wohlgermerkt – 1945 herrschte „globales Gleichgewicht“,

57) Vgl. Bernd Greiner, Die „Menschenrechtskampagne“ als Bestandteil der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, in: P. Brokmeier R. Rilling (Hrsg.), Beiträge zur Sozialismusanalyse II, erscheint demnächst im Pahl-Rugenstein-Verlag.

58) Vgl. Gunnar Matthiessen, Politische und militärische Entspannung, in: „Blätter“, 1/1977, S. 19–37.

59) Strausz-Hupé, NATO im Umbruch, a.a.O., S. 8. Strausz-Hupé war 1976/77 ständiger Vertreter der USA im Nordatlantikkart.

denn damals kontrollierten die imperialistischen Hauptländer noch das Gros der Dritten Welt und ca. zwei Drittel der Erdbevölkerung – ein Tatbestand, den Brzezinski bemerkenswert oft zum Ausgangspunkt seiner Analysen macht. Besonders auffällig ist auch – etwa im Vergleich zur Nixon-Ära – die nachgeordnete Bedeutung von Friedenssicherung und Rüstungskontrolle in den programmatischen Reden führender Vertreter der US-Regierung⁶⁰). Brzezinski z. B. denkt erneut – wie ehemals Herman Kahn – laut über einen weltweiten Atomkrieg nach⁶¹) und betreibt mit dem Pentagon und den NATO-Spitzen zielgerichtet eine Politik der „Optimierung“ der „flexible response“. Vorläufiger Höhepunkt war die NATO-Tagung im Mai 1978 mit ihren Beschlüssen über eine 3%ige reale Steigerung der Rüstungsausgaben der Mitgliedsländer, den Ausbau der konventionellen Streitkräfte und eine nuklear-taktische Hochrüstung Europas mit Mittelstreckenraketen. Sollten die politischen Bemühungen zur Rüstungsbegrenzung scheitern, wäre damit ein neuerlicher Rüstungswettlauf unvermeidlich und Europa erneut als Kriegsschauplatz aufgewertet.

Hatte bereits der Harmel-Bericht von einer Ausweitung der NATO-Sicherheitsinteressen über die geographischen Grenzen des Bündnisses hinaus gesprochen, so wurde dieser Gedanke in letzter Zeit (gerade nach der Auflösung von CENTO und SEATO) verstärkt aufgegriffen und die Möglichkeit eines Eingreifens der NATO oder eines bzw. mehrerer ihrer Mitgliedsländer (mit Rückendeckung der Organisation) in Afrika und dem Nahen Osten erwogen. Bereits 1974–76 unterstützten NATO-Staaten die südafrikanische Intervention in Angola⁶²) und nach der militärischen Blitzaktion Frankreichs und Belgiens in Shaba (Zaire) wurde von amerikanischer Seite erneut die Bildung international flexibler Sonderstreitkräfte, insbesondere für den Einsatz in Afrika, Asien und im Nahen Osten favorisiert. „Wie 1975 in Angola versäumt, 1977 und 1978 in Shaba praktiziert, müssen westliche Staaten wohl oder übel immer wieder eingreifen, um die Machtübernahme durch kommunistische Usurpatoren . . . zu verhindern. Nichteinmischung in afrikanische Angelegenheiten gibt es nicht . . .“^{62a}) Auch wird zunehmend (u. a. von Generalsekretär Luns) über eine Einbeziehung Japans in die NATO spekuliert:^{62b}) der Regierung Carter erscheint der „atlantische Rahmen“ für kapitalistisches Krisenmanagement zu eng und wegen der krisengeschüttelten NATO-Flanken Griechenland und Türkei zu unsicher. Derartige Pläne kommen der NATO-Spitze sehr entgegen: General Haig zufolge hat das Militär die allgemeinen Voraussetzungen für die Gesundheit des Westens und die Überwindung des „state of social emergency“ zu schaffen⁶³).

60) Vgl. beispielhaft: Jimmy Carter, Rede an der Wake Forest University, in: „Wireless . . .“, No. 55, 20. 3. 1978, S. 1–8; vgl. Zbigniew Brzezinski, Rede vor der Japan-Society, in: „Wireless . . .“, No. 82, 28. 4. 1978, S. 3–11.

61) Vgl. Herman Kahn, Wir würden China bombardieren, in: „Der Spiegel“, 28/1965, S. 60–63; vgl. Interview mit Zbigniew Brzezinski, in: „Die Zeit“ v. 14. 10. 1977.

62) Vgl. Tobias Thomas, Angola, Südafrika und die NATO, in: „Blätter“, 2/1976, S. 139–152.

62a) FAZ v. 7. 6. 1978; vgl. auch Anm. 60.

62b) So z. B. während eines Symposiums des NATO-Kommandos Atlantik in Annapolis; vgl. FAZ v. 6. 7. 1978 („Soll die NATO Weltpolitik treiben?“).

63) Vgl. Haig, Herausforderungen . . ., a.a.O.

Wie weit sich diese Maßnahmen und Konzepte in der Realität durchsetzen können, bleibe dahingestellt. Entscheidend ist jedoch, daß in den genannten politischen und militärstrategischen Varianten westlicher Politik die Ursache der Verzögerungen bei SALT-II und der Zähflüssigkeit der Wiener Abrüstungsverhandlungen⁶⁴⁾ zu suchen ist. Tatsache ist auch, daß mit einer solchen Politik rüstungstechnologische Fakten geschaffen werden, die eine Kontrolle militärischer Technologie⁶⁵⁾ und damit perspektivisch Abrüstung immer schwieriger werden lassen. Schließlich ist es für die weitere politische Struktur der Allianz von Bedeutung, daß sich die BRD und die USA immer stärker exponieren in ihrem Bemühen, die zentrifugalen Kräfte innerhalb der NATO, also die gegen weitere Hochrüstung, Atombestückung (z. B. in der Frage der Neutronenbombe) und neokolonialistische Eingriffe in der Dritten Welt votierenden Regierungen Hollands und der skandinavischen Mitgliedsländer, auf einen einheitlichen Konfrontationskurs festzulegen. Auch folgern daraus Aufgaben für die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik.

VI

Nach 30 Jahren

Sollen die Warnungen Herbert Wehners und Willy Brandts – durchaus auch an die Adresse der eigenen Regierung gerichtet – vor weiteren Angriffen auf die Entspannungspolitik nicht in der Bedrohungshysterie der professionellen Entspannungsgegner untergehen, bedarf es auch in der BRD der Stärkung jener überparteilichen politischen Bündniskraft, die den Kampf für Frieden und Abrüstung in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellt. Diese Bewegung hat auch in der BRD Tradition: bereits 1952 wurden Millionen Unterschriften gegen die Remilitarisierung gesammelt, Mitte der 50er Jahre formierte sich der Widerstand gegen den NATO-Beitritt der BRD, und seit dem Ende der 50er Jahre entfaltete die Anti-Atom-Tod-Bewegung eine jahrelange, kontinuierliche Aktivität; als Ostermarschbewegung wurde sie zu einem unmittelbaren Vorläufer der Studentenbewegung, die sich in ihren Anfängen hauptsächlich auf den imperialistischen Krieg der NATO-Hauptmacht USA in Vietnam bezog. Auf die damals gesammelten Erfahrungen kann die heutige Friedensbewegung zurückgreifen. Nach den kolonialen und neokolonialen Feldzügen in Vietnam oder z. B. in Angola und Moçambique darf nicht vergessen werden, welche kriegerischen Aktivitäten sich auch außerhalb Europas hinter den Rüstungsprogrammen der NATO-Staaten verstecken. „Als Anregung sei hier nur mitgeteilt, daß für den Zeitraum von 1945 bis 1970 die NATO-Mächte USA, Großbritannien, Frankreich und Portugal an Kriegen mit einer durchschnittlichen Dauer zwischen zwei und sieben Jahren durch insgesamt 60 militärische Eingriffe massiv beteiligt waren. Den Löwenanteil hält die ‚friedensbewahrende Sicherheitspolitik‘ der USA mit 26 Interventionen und ins-

64) Vgl. u. a. Gerhard Kade, Fünf Jahre Wiener Verhandlungen, in: „Deutsche Volkszeitung“ v. 21. 12. 1978, S. 8.

65) Vgl. u. a. W. v. Bredow, Zur Frage der Kontrolle militärischer Technologie, in: „Blätter“, 10/1978, S. 1170–79.

gesamt 73 Kriegsjahren.“⁶⁶⁾ – Aus der gegenwärtigen militärpolitischen Debatte in der Bundesrepublik – ausgelöst u. a. durch die Anerkennung der Tatsache, daß die sowjetische Militärpolitik eben nicht offensiv, sondern defensiv orientiert ist, durch Herbert Wehner und z. B. den Generalmajor der Bundeswehr Gert Bastian – müssen Konsequenzen gezogen werden. Die Sowjetunion hat z. B. jüngst vorgeschlagen, alle Teilnehmerstaaten der KSZE sollten einen Nichtangriffsvertrag vereinbaren, und in der Tat bietet die KSZE-Schlußakte die Plattform für eine neue Entwicklung in Europa, die zur Überwindung der Militärblöcke und des ihrer Konfrontation nun einmal per se innewohnenden Kriegsrisikos führen kann. Die Diskussion über die Vorschläge zur Abrüstung und zum Abschluß von Nichtangriffspakten, wie sie seitens des Warschauer Pakts unterbreitet wurden, darf nicht länger blockiert werden. Gleichzeitig muß die NATO-Strategie der „flexible response“, die seit drei Jahren wiederbelebt wird, als zerstörerisch begriffen werden – und als eine Strategie, deren innen-, sozial- und außenpolitische Folgelasten aktuell immer höhere Zinsen fordern. Gerade die kritische Diskussion über Militärstrategien ist hierzulande unterentwickelt, da die Staatsideologie Antikommunismus lange Zeit alle relevanten Fragen tabuisierte. Da dieser Antikommunismus gleichzeitig das politisch-ideologische Substrat der Aufrüstung ausmacht, bedeutet Friedenspolitik auch Kampf gegen ein ideologisches System, das – in Glaubenssätzen über gut und böse erstarrt – das Denken in Alternativen blockiert. Die Friedens- und Abrüstungsbewegung leistet damit gleichzeitig einen Beitrag gegen die Durchsetzung einer Militarisierung der Innenpolitik: entspannungsfeindliche Intransigenz in der Außenpolitik geht nämlich stets mit autoritär-diktatorischen Konzepten⁶⁷⁾ für die „innere Sicherheit“ schwanger. An der Entschlossenheit der reaktionärsten Gruppen des Kapitals und seiner politischen und militärischen Repräsentanten, die „Politik der Stärke“ – und sei sie auch noch so verlustträchtig – durchzusetzen, sollten die Erfahrungen der bisherigen Geschichte keinen Zweifel lassen. Wie formulierte es doch Zbigniew Brzezinski: „Analytisch und deskriptiv“ gesehen, würde ein umfassender Atomkrieg nicht die Menschheit, sondern nur 10% der Erdbevölkerung vernichten⁶⁸⁾ . . . Wir Deutschen wären auf jeden Fall darunter.

66) Bredow/Thielen, a.a.O., S. 26; vgl. auch die Angaben bei Richard Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn, Reinbek 1971 (1969).

67) Vgl. Brzezinskis Konzept der „technetronischen Gesellschaft“ als Antwort auf den „state of social emergency“ der westlichen Gesellschaften.

68) Interview mit Zbigniew Brzezinski, in: „Die Zeit“ v. 14. 10. 1977; vgl. die Dokumentation des NATO-„Kriegsschwellenplans“, in: „Die Neue“ v. 14. 3. 1979.

Heinz-Jürgen Axt

Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa

Voraussetzungen und Hindernisse
450 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein